

WAHLPRÜFSTEINE BÜRGERVEREIN KARLSHORST

Antworten von Fabian Peter, CDU

Wohnen und Verkehr

1. a) Wie viel weiteren Wohnungsneubau verträgt Karlshorst, um seinen Charakter als grüner Stadtteil nicht zu verlieren?

Das Gesicht von Karlshorst hat sich im letzten Jahrzehnt stark verändert. Es wurde sehr viel in die Entwicklung des Stadtteils investiert. Auf einstigen Brachflächen sind neue Wohnanlagen, teils ganze Wohnviertel entstanden.

Die Bereichsentwicklungsplanung Wohnen des Bezirksamtes identifiziert in Karlshorst weitere Flächen zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum. Neue Wohngebiete könnten demnach an folgenden Orten entstehen: Fortsetzung der Gartenstadt Karlshorst südlich des Deutsch-Russischen Museums entlang der Köpenicker Allee, Gelände westlich der Köpenicker Allee bzw. östlich der Waldowallee, Fortsetzung des Prinzenviertels südlich Blockdammweg bzw. westlich der Trautener Straße sowie mittel- bis langfristig als Nachnutzung der Notunterkunft auf dem ehemaligen Telekom-Gelände an der Köpenicker Allee. Zusammen mit Wohnungsbauvorhaben kleineren Flächen oder Lückenschlüssen sind also mindestens 2.000 neue Wohnungen zu erwarten.

Natur- und Umweltbelange dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben, sondern ich möchte mich dafür stark machen, dass Mensch und Natur in Einklang leben können, auch wenn es meist Kompromisse erfordert. Dazu gehören Straßengrün und gepflegte Grünanlagen gleichermaßen wie naturbelassene Flächen.

In den vergangenen fünf Jahren haben Stadtrat Wilfried Nünthel und ich hierzu einiges beitragen können. So ist es beispielsweise gelungen, die HOWOGE davon abzubringen, die Grünfläche an der Ecke Treskowallee / Römerweg in eine Parkplatzanlage umzuwandeln. Erst jüngst gab es zudem eine klare Absage an die Absicht der Wohnungsbaugesellschaft, die grünen Innenhöfe in der Ilsestraße zu bebauen. Auch im Straßenbild wird es grüner, denn seit 2011 wurden rund 300 neue Straßenbäume in Karlshorst gepflanzt.

Ein besonders schützenswerter Naturraum ist der Biesenhorster Sand, wo viel für den Erhalt dieses Biotops getan wurde. Durch behutsame Maßnahmen zur Errichtung eines Wegenetzes soll der Zugang für die Bürger leichter möglich werden, um die Landschaft erfahrbar zu machen und zugleich Umweltbildung zu fördern. Ein großer Dank gilt hier dem NABU, dessen ehrenamtliche Helfer engagiert einen immensen Pflegeaufwand bewältigen. Dies soll auch in Zukunft unterstützt werden.

Für das Stadtklima bedeutend sind auch die vielen Kleingartenanlagen in Karlshorst. Stadtrat Wilfried Nünthel hat erklärt, alle Kleingartenflächen im Bezirk mit Bebauungsplänen sichern zu wollen. Diese Aufstellung der B-Pläne soll bis spätestens 2020 abgeschlossen sein.

b) Wie kann bei dem umfangreichen Wohnungsneubau die soziale Mischung erhalten bleiben?

Bei großen Wohnungsbauvorhaben sind Bebauungspläne erforderlich, die neben stadtplanerischen Funktionen auch Leistungen von den Vorhabenträgern einfordern. Diese müssen sich finanziell an den Folgebedarfen beteiligen und sich auch verpflichten, einen Teil der neuen Wohnungen zu moderaten Mietpreisen anzubieten. Dieser Weg nennt sich „Berliner Modell zur kooperativen Baulandentwicklung“. Je nach Entstehungszeitpunkt werden so 25 bzw. 30 Prozent der neu entstandenen Wohnungen zu einer Kaltmiete von etwa 6,50 Euro je Quadratmeter angeboten. Die Betriebskosten liegen bei Neubauten weit niedriger als bei Altbeständen, daher ergibt sich eine erschwingliche Warmmiete.

Darüber hinaus sind durch die große Koalition auf Bundes- und Landesebene eine Reihe von Maßnahmen beschlossen worden, die preisdämpfend auf die Bestandsmieten wirken.

Die gegenwärtig hohe Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt begünstigt die Position von Vermietern, das ist aus Mietersicht ein Missverhältnis im Markt. Dieser Zustand kann nur mit einer Ausweitung des Wohnungsangebotes geändert werden, damit Mietern wieder eine breitere Auswahl an Wohnungen zur Verfügung steht und Vermieter ihren Preis so gestalten müssen, dass es für Mietinteressenten annehmbar ist. Mit der Förderung von Wohnungsbau arbeiten wir daran, die Mieter wieder in ihrer „Marktmacht“ zu stärken.

In der Landespolitik muss aus meiner Sicht ein großes Umdenken hinsichtlich der Wohnungsbauförderung erfolgen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind ein wichtiger Partner bei der Schaffung von neuem Wohnraum, aber deren Mietpreispolitik der letzten Jahre sowohl im Bestand als auch bei neuen Wohnungen tragen nicht zur Preisstabilisierung bei. Stattdessen sind es vor allem die nicht-gewinnorientierten Genossenschaften, welche ihren Mietern stabile Mietpreise ermöglichen und somit auch preisdämpfend im Wohnungsmarkt wirken. Sie beweisen damit, dass Mietpreissteigerungen durch kluges betriebswirtschaftliches Handeln abgewendet werden können. Deshalb will ich mich ganz besonders für eine Stärkung von Wohnungsgenossenschaften einsetzen.

Die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum ist ein weiterer Baustein zur Schaffung neuer Wohnungen. Wir müssen Wege finden, wie sich mehr Menschen den Traum vom eigenen Heim ermöglichen können. Mit ihrem Einzug machen sie meist eine Mietwohnung frei und übernehmen zudem Verantwortung für sich und die Gesellschaft. Hier will ich ansetzen und ein Modell diskutieren, das ich durch meinen Auslandseinsatz in einer britischen Stadtverwaltung im Jahr 2015 kennen gelernt habe. Dort wird Mietern einer öffentlichen Wohnungsgesellschaft ermöglicht, ihre Wohnung sukzessive zu erwerben. Beispielsweise kauft ein Mieter 10 Prozent des Wohnungswertes und zahlt dann nur noch Miete für die restlichen 90 Prozent des Wohnungswertes – also eine geminderte Miete. Sein Anteil kann er zum selbstgewählten Zeitpunkt erhöhen und bei finanzieller Notlage sogar wieder reduzieren – bis auf null. Sobald 100 Prozent der Anteile erworben sind, geht die Wohnung ins Eigentum über. Dieses Modell hat viele Vorteile: Es ermöglicht auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen den

Erwerb von Wohneigentum bei überschaubarem Risiko. Die Wohnungsbaugesellschaften aktivieren über diesen Weg ihr Kapital, um damit woanders neue Wohnungen bauen zu können und so das Wohnungsangebot für Mietinteressenten zu erhöhen.

c) Wie beurteilen Sie die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur und was muss mit dem Wohnungsneubau/Bevölkerungswachstum mitwachsen?

Karlshorst ist einer der am stärksten wachsenden Ortsteile in ganz Berlin. Folglich muss sich die Infrastruktur gleichermaßen mitentwickeln. Dies gilt für die Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Grund- und Oberschulen, Hochschule, Jugendeinrichtungen oder einem Familienzentrum, aber auch für die wohnortnahe Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Ärzteversorgung sowie für den Ausbau von Verkehrswegen.

In der nächsten Legislaturperiode sollte das Bezirksamt Lichtenberg dringlich ein Infrastrukturkonzept für Karlshorst erarbeiten lassen, in dem Handlungsleitlinien für die Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur definiert werden. Bei diesem Prozess müssten die Bürger und handelnden Akteure beteiligt werden.

2. Welches Konzept haben Sie zur Entwicklung des ÖPNVs in und um unseren Kiez?

Karlshorst ist grundsätzlich gut an den Öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen, dies gilt es zu erhalten und auszubauen.

Bei den Buslinien 296 und 396 hat es in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Betriebsausweitungen und Taktverdichtungen gegeben, dennoch sind diese besonders in den Spitzenzeiten stark ausgelastet. Mit weiterem Zuzug im Bereich der Gartenstadt Karlshorst muss hier nachjustiert werden.

Überdenken müssen wir auch die Linienführung der Buslinien. Bereits seit einigen Jahren sind Stadtrat Wilfried Nünthel und ich mit der BVG im Gespräch, um eine alternative Umsteigelösung am Bahnhof Karlshorst zu finden. Unser Ziel ist es, den Bus- und Fahrzeugverkehr aus der Theatergasse / Ecke Ehrenfelsstraße herauszunehmen, den Versenkpoller komplett zu schließen und somit den Straßenraum zu beruhigen, also für die Nutzer sicherer zu machen. Präferiert wird von uns als Endhaltestelle der südöstliche Eingang zum Bahnhof Karlshorst in der Straße Am Carls Garten.

Es wird auch zu diskutieren sein, welche ÖPNV-Anbindung für die neu entstehende Parkstadt Karlshorst geeignet ist. Die Ausweitung von Fahrzeiten und Taktfrequenz der Tramlinie 21 ist durch die BVG mit Inbetriebnahme der Direktanbindung an den Bahnhof Ostkreuz bereits zugesagt. Auch eine ergänzende Buslinie im Prinzenviertel war schon einmal angedacht, diese könnte auch eine realistische Option zur Anbindung an das Ortsteilzentrum Karlshorst bieten.

Gefährdet ist der Anschluss an die Regionalbahn. Im Jahr 2011 hatte die CDU weit über 5.000 Unterschriften für den langfristigen Erhalt des Regionalbahnhofs gesammelt und somit das Thema auf die politische Agenda gesetzt, denn damals sollten die beiden Linien RE7 und RB14 ab 2014 gekappt werden. So ist es nicht gekommen.

Nach aktueller Beschlusslage soll der Regionalbahnhof Karlshorst durch die vollständige Inbetriebnahme des unteren Regionalbahnsteiges am Ostkreuz abgelöst werden, planmäßig wäre dies Ende 2017 der Fall.

Darüber hinaus gibt es einen Prüfauftrag des Abgeordnetenhauses an den Senat, welcher gegenüber der Deutschen Bahn durchsetzen soll, dass der Regionalbahnhof in Karlshorst so lange geöffnet bleiben soll, bis der Regionalbahnanschluss in Köpenick in Betrieb genommen wird, ein Termin liegt in weiter Ferne.

Dieser Beschluss war der kleine gemeinsame Nenner, den die beiden Koalitionsfraktionen politisch gefunden haben. Einen logischen Zusammenhang gibt es jedoch nicht, denn die Linien RE7 und RB14 können nach ihrer Linienführung gar nicht in Köpenick haltmachen, sie biegen weit vorher nach Süden ab.

Es ist schon ein großes Rätsel: Ausnahmslos alle Lichtenberger Parteien erklären stets öffentlich sich für den Regionalbahnhof Karlshorst einzusetzen. Dies trifft auch auf den zuständigen Verkehrssenator zu. Wie kann es also sein, dass der Senat den Regionalbahnhof in Karlshorst weiter bestellen will und die Deutsche Bahn nicht liefert? Das erschließt sich mir nicht und darf auch so nicht sein in einer Demokratie.

Wir als CDU und ich persönlich werden uns auch weiter für den langfristigen Erhalt des Regionalhaltepunktes in Karlshorst stark machen, vielleicht bietet die anstehende Wahlperiode die letzte Chance dazu.

3. Was wollen Sie für den Erhalt unserer vorhandenen Infrastruktur tun?

Ein besonderes Ärgernis sind in Karlshorst der teils schlechte Zustand von Gehwegen, dies trifft auch für andere Gebiete in Lichtenberg zu. Deshalb hat Stadtrat Wilfried Nünthel in den letzten fünf Jahren damit begonnen, auch Gehwegsanierungen wieder in den Fokus zu rücken – über einen sehr langen Zeitraum wurde dafür nichts investiert.

Ebenso investiert wurde in den Ausbau von Radwegen und in die Sanierung von Straßen. Schule gemacht hat in diesem Zusammenhang das „Modell Rheinsteinstraße“, bei dem nur der Mittelstreifen asphaltiert wird, die beiden äußeren Parkstreifen bleiben mit Kopfsteinpflaster belegt. So kann der Regen abfließen und es werden Finanzmittel gespart, um in der Summe mehr Straßenkilometer sanieren zu können.

Mit dem Abschluss der jeweiligen Großbaustellen – bspw. in der Gartenstadt Karlshorst – soll ein Verkehrsgutachten erstellt werden, auf dessen Grundlage dann ggf. der Straßenraum angepasst werden muss und eine Ertüchtigung der durch die Baufahrzeuge in Mitleidenschaft gezogenen Straßen erfolgt.

4. a) Was ist Ihr Konzept, um den Autoverkehr in und durch Karlshorst zu verringern, wie geht es mit der TVO in den nächsten 5 Jahren weiter?

Es ist ein Erfolg der Großen Koalition auf Landesebene, dass der Bau der TVO endlich unumkehrbar auf den Weg gebracht wurde. Die CDU hatte sich seit Jahrzehnten für dieses Projekt eingesetzt. Nun muss das Planfeststellungsverfahren mit Tempo vorangebracht werden, damit der Baubeginn in der nächsten Legislaturperiode erfolgen kann. Als mögliche Queranbindungen präferieren wir die Verlängerte Waldowallee und eine Wegebeziehung nördlich der U-Bahntrasse bzw. südlich des Tierpark-Geländes. Weitere Anbindungen über die Straße am Heizhaus oder die Robert-Siewert-Straße lehnen wir als CDU ab.

Nach dem Bau der TVO wird über verkehrliche Einschränkungen auf der Treskowallee zu diskutieren sein. Eine Durchfahrt von LKWs ist dann nach meiner Einschätzung nicht mehr erforderlich, außer diese haben eine Karlshorster Zieladresse. Auch eine Ausweisung mit Tempo 30 zu Nachtzeiten ist denkbar.

Eine Verkehrserhebung hatte gezeigt, dass der Gewerbepark an der Straße am Heizhaus erheblichen LKW-Verkehr mit sich bringt. Infolgedessen hatte Stadtrat Wilfried Nünthel eine Studie erstellen lassen, die mögliche Nachnutzungen für diesen Standort betrachtet. Erste Gespräche mit dem Eigentümer zeigten ein Mitwirkungsinteresse zur Verlagerung bzw. Umwidmung des Standortes. Dies würde den Fahrzeugverkehr in der Köpenicker Allee und Rheinsteinsstraße entlasten.

Bereits zugesagt wurde die Ausweisung von Tempo 30 auf der Ehrlichstraße. Den mündlichen Aussagen des zuständigen Verkehrssenators müssen nun Taten folgen, denn der Bezirk Lichtenberg verfolgt dieses Ziel schon seit längerer Zeit und wurde zuvor stets vom Verkehrsstaatssekretär abgeblockt.

b) Wie kann die Verkehrsführung durch den Ortsteil verlaufen?

Der Straßenraum nördlich und südlich der Bahnbrücke Karlshorst muss unter heutigen Erfordernissen völlig neu konzipiert und gestaltet werden. Gegenwärtig läuft noch die Variantenprüfung von BVG und Senat zur Klärung der umzusetzenden Straßenbahnführung, also Verbleib in Mittellage oder Trassenverschwenkung an die Fahrbahnränder / Gehwege unter der Brücke. Erst nach Klärung dieser entscheidenden Frage können alle weiteren Planungen für die angrenzenden Bereiche folgen.

Dabei sind dann wichtige Prämissen zu beachten: es ist eine ampelgesteuerte Verkehrsführung an den Kreuzungen Treskoallee / Stolzenfelsstraße und Treskowallee / Dönhoffstraße sowie Treskowallee / Rheinsteinsstraße erforderlich; der Versenkpoller in der Ehrenfelsstraße soll dauerhaft geschlossen bleiben, wenn eine alternative Busroute gefunden ist.

Schulen und Kitas

5. a) Was werden Sie in den nächsten 5 Jahren tun, um eine ausreichende Versorgung in Wohnortnähe zu gewährleisten?

Vor fünf Jahren hat die CDU Karlshorst im Wahlkampf versprochen, sich für den Ausbau von Kita- und Schulplätzen einzusetzen. Seitdem ist die Zahl der Kita-plätze in Karlshorst von 935 auf aktuell rund 1.750 angewachsen. Zudem sind weitere Kitaneubauten in Planung. Weitere Kita-Neugründungen stehen bereits an und mit neuen Wohngebieten sind die Investoren verpflichtet, auch die Schaffung von Kita-Plätzen nachzuweisen.

Im Bereich der Grundschulen hat die CDU verhindern können, dass die Lew-Tolstoi-Grundschule umziehen muss. Stattdessen wird dieser Standort nun sogar ausgebaut. Ein weiterer Schulneubau ist an der Waldowallee 117 geplant und für das Prinzenviertel wird eine Fläche am Blockdammweg als Grundschulstandort gesichert. Bereits unterrichtet wird in den neuen Ergänzungsbauten an der Karlshorster Grundschule und an der Richard-Wagner-Grundschule.

Auch im Oberschulbereich müssen Lösungen erarbeitet werden. Hier bietet sich eine Fläche an der Treskowallee / Trabrennbahn an, die durch den ÖPNV gut angebunden wäre. Zudem sind auch Modernisierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums zu prüfen.

b) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die angekündigten Maßnahmen zur Sanierung der Schulgebäude und Erhöhung der Qualität des Unterrichts (z.B. Verkleinerung der Klassen oder Senkung der Ausfallzeiten) auch in Karlshorst bald umgesetzt werden?

Schulgebäude müssen endlich wieder flächendeckend sauber und intakt sein. Die Gebäudesanierungen müssen schneller und systematisch angegangen werden, auf Grundlage einer aussagekräftigen Gebäudedurchsicht sowie einer übergeordneten Prioritätenfestlegung, wann welche Sanierungsarbeiten vorgenommen werden.

Dafür ist die Gründung von Schulbauämtern und die Festlegung einheitlicher Strukturen in den Bezirken erforderlich. Ebenfalls notwendig sind endlich klare Festlegungen von Zuständigkeiten zwischen Bezirken und den Senatsverwaltungen sowie ein deutlicher Personalaufwuchs in den bezirklichen Schulbauämtern. Einzelprogramme mit unterschiedlichen Laufzeiten und Zielrichtungen sollen durch feste, zweckgebundene und übertragbare Investitions-

Budgets ersetzt werden. Die Bezirke müssen einen garantierten, höheren Sockelbetrag für die bauliche Unterhaltung zugewiesen bekommen.

Schulsanierungen und Schulneubauten müssen deutlich schneller in Angriff genommen und zu Ende gebracht werden. Dafür müssen die bestehenden Verfahren radikal entschlackt werden. Vorlagepflichtige sind zu reduzieren, Genehmigungsverfahren zu straffen und die Entscheidungsträger benötigen mehr Freiheit bei der Vergabe von Aufträgen und bei der Festlegung von übergreifenden Standards.

Den Anfang soll eine von den Bezirken und der Senatsbauverwaltung zu erarbeitende Liste bilden, in der zu vereinfachende oder außer Kraft zu setzende Vorschriften zur Beschleunigung von Bauvorhaben enthalten sind.

Die CDU sieht für dringend erforderliche Neubau- und Sanierungsmaßnahmen bei Berlins Schulen insgesamt drei Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt für die nächsten fünf Jahre vor. Dabei sollen auch Finanzierungspartnerschaften ermöglicht werden.

Kleinere Klassen und weniger Ausfallzeiten sind eng mit der Anzahl an Lehrern verbunden. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, berlinweit 2.500 neue Stellen zu schaffen. Erschwert wird die Besetzung durch einen bundesweiten Konkurrenzkampf um Lehrer, deshalb wollen wir Einstellungsverfahren flexibilisieren und beschleunigen sowie die Übernahme von Führungspositionen attraktiver machen. Erforderlich ist auch die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung, denn nur dann ist Berlin im Wettbewerb um die besten Köpfe wirklich konkurrenzfähig. Die Rückkehr zur Verbeamtung muss mit dem Aufbau eines Pensionsfonds einhergehen.

Berlin ist auf qualifizierten Lehrernachwuchs angewiesen. Wir wollen, dass immer mehr statt immer weniger Lehramtsabsolventen die Berliner Universitäten verlassen, deshalb wollen wir die Studienplatzkapazitäten verdoppeln und die Lehrerausbildung durch Anknüpfung an internationale Standards attraktiver machen, denn ein guter Lehrer zu werden, kann man lernen. Zudem werden wir ein Stipendienprogramm für Studierende von Mangelfächern auflegen, die sich verpflichten, nach Abschluss ihres Studiums mindestens 5 Jahre an einer Berliner Schule zu unterrichten.

Die Personalausstattung soll den Grundbedarf um fünf Prozent übersteigen. Mit fünf Prozent Vertretungsreserve besteht die Chance, Unterrichtsausfall tatsächlich zu reduzieren.

Grundschullehrer haben große pädagogische Herausforderungen zu bewältigen und legen das Fundament für den Erfolg in der weiterführenden Schule. Nachdem außerdem die Grundschullehrerausbildung in Berlin aufgewertet wurde, sollen Grundschullehrer das gleiche Einstiegsgehalt wie Oberschullehrer bekommen.

Erreicht haben wir in der letzten Wahlperiode, dass für die 7. Klassen an Gymnasien der Personalschlüssel verbessert wurde, dem Personalschlüssel der

Integrierten Sekundarschulen angepasst. Das Gymnasium darf nicht schlechter gestellt werden als andere Schulformen.

6. Welches Konzept haben Sie zur Entwicklung des HTW-Standortes einerseits und andererseits für den Wissenschafts- und Bildungsstandort Karlshorst im Ganzen?

Die Gedankenspiele zum Wegzug der HTW aus Karlshorst sehen wir als CDU sehr kritisch. Aus unserer Sicht sind zunächst alle Anstrengungen zu unternehmen, um die HTW am Campus Treskowallee zu halten. Gegenwärtig entwickelt sich in der Bildungslandschaft der Bereich um Fernstudienangebote mit positiven Wachstumsraten, auch international ist diese Unterrichtsform an deutschen Hochschulen sehr gefragt. Ein solches Fernstudieninstitut der HTW, ausgestattet mit modernen Medien und einem Forschungsetat zur Weiterentwicklung von Fernunterricht wäre eine Investition in die Zukunft.

Sofern sich die HTW diesem Weg verschließt und Karlshorst den Rücken kehrt, so müsste eine öffentliche Ausschreibung des Hochschulstandortes Treskowallee erfolgen, bei der sich andere interessierte Hochschulen bewerben können. Ich bin zuversichtlich, dass sich eine wissenschaftliche Nachnutzung finden lässt.

Erst an letzter Stelle – falls die vorgenannten Szenarien wider Erwarten nicht eintreten sollten – ist der Umbau zu einem Grund- und Oberschulstandort zu prüfen. Jedoch sind hierzu immense Umbauarbeiten erforderlich, die mehrere Millionen Euro sowie viele Jahre Planungs- und Bauzeit in Anspruch nehmen würden. Zudem ist aus pädagogischer Sicht ein Mega-Schulstandort immer eine Herausforderung, besser sind überschaubare Schuleinheiten.

Die Katholische Hochschule für Sozialwesen ist mit ihren rund 1.300 Studenten eine feste Institution in Karlshorst und ihre Studenten bringen sich auch aktiv in das Leben hier ein. Etwaigen Erweiterungsabsichten am Standort würde ich unterstützen, bislang ist mir hierzu jedoch nicht bekannt.

Wirtschaft

7. Was ist Ihr Konzept, um weiterhin die wohnortnahe Versorgung zu sichern und andererseits den Kiez für Einzelhändler wieder attraktiver zu machen?

Das Zentren- und Einzelhandelskonzept des Bezirkes Lichtenberg sieht eine Stärkung des Ortsteilzentrums vor, wo sich die Ansiedlung weiterer Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe bereits abzeichnet. So steht die Wiedereröffnung eines Supermarktes im Rennbahnhof unmittelbar bevor. Es besteht zudem Potential für die Schaffung weiterer Gewerbeflächen, um den Standort insgesamt weiter zu qualifizieren.

Probleme mit der Einzelhandelsversorgung bestehen aktuell im Prinzenviertel, wo ein Supermarkt geschlossen wurde. In Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer ist es gelungen, dass nach Fertigstellung des Bauprojektes wieder eine Handelsfläche angeboten wird, wo auch ein

nahversorgender Markt einziehen kann. Mittelfristig ist zudem ein Supermarkt in der neu entstehenden Parkstadt Karlshorst geplant. Perspektivisch wird also die gegenwärtig prekäre Nahversorgungssituation im Prinzenviertel gelöst.

Mit der sich entwickelnden Gartenstadt Karlshorst steigt auch der Bedarf an Nahversorgungseinrichtungen. Daher ist ein Handels- und Dienstleistungszentrum südlich des Deutsch-Russischen Museums geplant.

8. Was sind Ihre Ideen, um auch in Karlshorst die Nähe von Wohnen und Arbeiten zu gestalten, beispielsweise durch Angebote für Kleingewerbetreibende, Freiberufler, Sozialeinrichtungen?

Die Möglichkeiten zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete ist in Karlshorst in Ermangelung geeigneter Flächenressourcen schwierig. In den Bebauungsplänen 11-47b und 11-47c am Blockdammweg sind entsprechende Gewerbeflächen auszuweisen.

Kleingewerbetreibende, Freiberufler und Sozialeinrichtungen sind jedoch nicht zwingend auf ausgewiesene Gewerbegebiete angewiesen, sondern können in den meisten Fällen in Misch- und Kerngebiete integriert werden. Dies ist bereits heute in Karlshorst an vielen Stellen möglich. Darüber hinaus sehen die Städtebaulichen Leitlinien für das Ortsteilzentrum Karlshorst die Schaffung weiterer Wohn- und Geschäftshäuser rund um den Bahnhof vor.

Für die Ansiedlung von Allgemein- und Facharztpraxen muss weiter durch die Politik geworben werden. Hier sehe ich das Bezirksamt in der Pflicht, dies aktiv zu betreiben.

Freizeit, Kultur und Umwelt

9. Was werden Sie in den nächsten Jahren tun, damit die dringend benötigten Flächen für Sport, Spiel und Freizeit, für Schul- und Vereinssport, aber auch für Freizeitsport für alle Generationen entstehen können?

Stadtrat Wilfried Nünthel und mir war und ist es ein besonderes Anliegen, endlich einen Sportplatz für Karlshorst zu realisieren. Deshalb hat das Stadtentwicklungsamt eine Untersuchung durchführen lassen, an welchen Orten in Karlshorst geeignete Flächen hergerichtet werden könnten. Dies war auch wichtig, um eine Einigkeit mit dem Schul- und Sportamt herzustellen.

Bei dieser Studie ist herausgearbeitet worden, dass Karlshorst in Anbetracht der bestehenden und zu erwartenden Bevölkerungszahl nicht nur einen, sondern eigentlich drei Sportplätze benötigt. Im Ergebnis werden nun folgende Orte politisch weiter verfolgt: kurzfristige eine HTW-Fläche am Römerweg / Ecke Aristotelessteig, mittelfristig eine Vattenfall-Fläche am Blockdammweg sowie langfristige eine Fläche auf dem heutigen Gewerbepark Straße am Heizhaus.

Die kurzfristige Variante hat den Charme, dass dieser Sportplatz neben Vereinssport auch durch die Karlshorster Grundschule, das Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium sowie durch die Hochschule genutzt werden könnte und es sich um eine landeseigene Fläche handelt. Die HTW steht dieser Überlegung positiv gegenüber, ebenso wie die zuständige Senatsverwaltung. Nun gilt es, die Errichtung des Sportplatzes mit Investitionsmitteln des Senats oder Bezirkes zügig zu vollziehen.

Die beiden anderen Varianten müssen zudem in der nächsten Legislaturperiode durch die Aufnahme in die bezirkliche Investitionsplanung untersetzt werden.

Darüber hinaus existiert eine Unterversorgung mit Sporthallen in Karlshorst. Der Grundstein für den Neubau der Sporthalle am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium nach Brandschäden ist bereits gelegt. In der neuen Halle werden mehr Flächen als vorher zur Verfügung stehen. Mit dem abzusehenden Freizug der gegenwärtig als Notunterkunft genutzten HTW-Sporthalle wird auch dort der Hochschulsport wieder stattfinden können.

Weitere neue Sporthallen sind an der Lew-Tolstoi-Grundschule sowie am neuen Schulstandort Waldowallee 117 in Planung. Auch am Standort Blockdammweg ist mit dem Neubau einer Schule die Errichtung einer Sporthalle zu erwarten.

Der Wegfall des Bolzplatzes am Rolandseck hat eine große Lücke beim Freizeitsportangebot gerissen, hier muss nachgebessert werden.

Alle Entwicklungen rund um den Sport sind mir ein Herzensanliegen und deshalb werde ich diese mit großem Einsatz unterstützen, gerne weiterhin im Schulterschluss mit dem Bürgerverein sowie den in Karlshorst aktiven Parteienvertretern.

In diesem Jahr wurden zwei bezirkliche Spielplätze komplett neu gestaltet, weitere haben durch das Spielplatzsanierungsprogramm neue Spielgeräte erhalten. Auch in den kommenden Jahren gilt es, den Sanierungsstau sukzessive abzubauen. Da wo neue Wohnanlagen entstehen, werden zudem neue Spielplätze errichtet.

10. Welche Pläne haben Sie, um das Kultur- und Freizeitangebot auch für junge Familien, aber auch Jugendliche und Junggebliebene im Kiez attraktiver zu gestalten?

Durch das Kulturhaus Karlshorst sowie weitere öffentlich oder privat angebotenen Kulturangebote ist unser Ortsteil über die Bezirksgrenzen hinaus als attraktiver Kulturstandort bekannt. Ergänzt werden könnte es durch eine Wiederbelebung des Theaters. Hier trete ich schon länger für eine Mischnutzung aus Kleinkunst, Theater, Programmkinos und Veranstaltungssaal mit gastronomischem Angebot ein. Hierzu gab es schon Interessenten, jedoch war die HOWOGE nicht bereit, das Theater inklusive Nebenflächen zu veräußern. Hier bedarf es einer klaren Ansage des Landes Berlin als Gesellschafter, dass der HOWOGE den Auftrag erteilt, wieder eine kulturelle Nutzung für das Theater Karlshorst zu finden. In

diesem Zusammenhang müssen natürlich Ersatzflächen für die Musikschule bereitgestellt werden.

Denkbar bleibt für mich weiter auch die Gründung einer Bürgergenossenschaft, an der sich interessierte Karlshorster und andere beteiligen können, um das Theater mit den beschriebenen Nutzungen zu betreiben.

Im Bereich der Jugendarbeit wurde im Bezirk festgestellt, dass für Lichtenberg Süd ein weiterer Jugendklub gebraucht wird, vordringlich in Karlshorst. Dieser sollte aus meiner Sicht östlich der Treskowallee eingerichtet werden.

11. Was wollen Sie tun, um die öffentlichen Straßen, Garten- und Parkanlagen auch künftig sauber und besser sauber zu halten?

Unsere Teilnahme an jährlichen Frühjahrsputz des Bürgervereins zeigt uns immer wieder, dass es noch Dreckecken im Ortsteil gibt. Insgesamt sind die Karlshorster Grün- und Parkanlagen aber in einem guten Zustand, das Straßen- und Grünflächenamt leistet hier wertvolle Arbeit. Es ist wichtig, dass deren Reversitz an der Liepnitzstraße erhalten bleibt, darauf hatte Stadtrat Wilfried Nünthel stets ein wachsames Auge.

Die BSR hat eine Hotline, bei der Verunreinigungen im öffentlichen Straßenland gemeldet werden können. Erfahrungsgemäß reagieren diese sehr schnell. Im CDU-Bürgerpavillon haben Bürger um die Errichtung von zusätzlichen Müllbehältern bspw. am Hohen Wallgraben gebeten. Dieses Anliegen haben wir weitergeleitet, die BSR reagierte umgehend und stellte einen Mülleimer auf.

Auch nach der Wahl nah am Bürger

12.a) Wie werden Sie nach der Wahl Ihre Bürgerarbeit vor Ort gestalten?

Im März 2015 haben wir am Bahnhof Karlshorst unseren CDU-Bürgerpavillon eröffnet. Seitdem ist dieser montags bis donnerstags von 16.30-19.00 Uhr geöffnet sowie am Freitag von 10.00-16.30 Uhr. Besetzt werden die Sprechzeiten ehrenamtlich durch unsere Mitglieder, ich selbst biete jeden Dienstag meine Sprechstunde für Bau- und Planungsvorhaben an.

Im Falle des Einzugs in das Abgeordnetenhaus könnten wir die Öffnungszeiten ausweiten, weil dann Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten werde ich auch weiterhin Bürgersprechstunden anbieten und bei Informationsständen, Bürgerversammlungen und anderen Gelegenheiten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Der kurze Draht ist mir sehr wichtig.

b) Werden Sie die Bürgerinnen und Bürger als ersten Schritt am Wahlabend, 18.09.2016 persönlich auf unserer Wahlparty in der Trabrennbahn Karlshorst besuchen?

Der Termin ist schon lange in meinem Kalender notiert, eine Teilnahme ist für mich selbstverständlich. Ich freue mich auf einen spannenden Wahlabend.